



Brigitte Gräbner
Ringmauerstraße 2
63755 Alzenau-Hörstein
Tel: 06023 8362
Fax: 06023 320443
E-Mail: brigitte.graebner@t-online.de


Alzenau, den 07.02.2008

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Aschaffenburg:

Kreis Aschaffenburg. Mehr Bildungsgerechtigkeit durchsetzen und einen Beitrag zur Chancengleichheit für Kinder aus einkommensschwachen Familien leisten will die SPD im Landkreis Aschaffenburg mit einer Initiative in den Kommunen: In lokalen Anträgen sollen die Sozialdemokraten die Gemeindevertretungen auffordern, bedürftige Familien mit 50 Euro pro Kind beim Kauf von Schulmaterialien zu unterstützen. Erste Anträge sind bereits gestellt.

Vorbild für die Aktion ist nach Angaben von Brigitte Gräbner, Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, ein Beschluss der Stadt Aschaffenburg aus dem vergangenen Jahr. Dort sei allen Kindern aus so genannten Bedarfsgemeinschaft nach Hartz IV die 50-Euro-Pauschale aus der Stadtkasse zum Schuljahresbeginn 2007/08 gewährt worden, weil der Kinder-Regelsatz von 270 Euro monatlich die angemessene Ausstattung der Schüler in den meisten Fällen nicht zulasse. Immerhin, so Gräbner, müssten Eltern je nach Schulstufe zwischen 50 und 300 Euro aufbringen, dies in der Regel in kürzester Frist. Was sich in der Stadt bewähre, müsse - schon um der Gerechtigkeit willen - auch im Landkreis machbar sein.

Ausgezahlt werden soll die einmalige Beihilfe nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten nicht in Geld, sondern in Gutscheinen, die dann bei bestimmten Anlaufstellen gegen Schulhefte und anderes benötigtes Material eingelöst werden können. In Aschaffenburg habe dieses System in Zusammenarbeit mit dem Kaufhaus Grenzenlos hervorragend funktioniert, erklärte Andrea Schäfer, Gemeinderätin aus Kleinostheim, nach Rücksprache mit der Diakonie. Für die Umsetzung im Kreisgebiet biete



SPD - Kreistagsfraktion

sich die Einrichtung örtlicher Ausgabestellen bei den Kommunen oder karitativen Einrichtungen an. Der jeweilige lokale Bedarf an Schulmaterial lasse sich anhand vorliegender Zahlen über die Hartz IV-Haushalte und die darin lebenden Kinder ohne großen Aufwand berechnen.

Wie notwendig eine derartige Initiative ist, zeigt nach Aussage der Fraktionsvorsitzenden ein Blick in die Unterlagen der im Landkreis agierenden Arbeitsgemeinschaft (ARGE). Demnach lebten kreisweit 1393 Kinder in Bedarfsgemeinschaften. Die gleiche Quelle offenbare auch, dass die 50-Euro-Pauschale einzelne Kommunen nicht übermäßig belasten würde. Auf Kleinostheim etwa kämen bei 56 betroffenen schulpflichtigen Kindern unter 16 Jahren 2800 Euro zu, auf Großostheim (96 Schüler) 4800 Euro und auf Mainaschaff (61 Schüler) 3850 Euro. Absehbar sei zudem, dass die kommunalen Haushalte nicht langfristig belastet würden: Eine Bundesratsinitiative zur Einführung der Lernmittel-Unterstützung durch den Bund werde in Berlin bereits beraten.

Verantwortlich für den Inhalt
gez.:
Brigitte Gräbner